

BLiZ e.V.
Bürgerverein Leben in Zeuthen
c/o Martin Henkel
Goethestraße 26c · 15738 Zeuthen
Tel.: 033762 – 51 85 69
Mobil: 0162 44 54 37 0
E-Mail: presse@zeuthen-gegen-fluglaerm.de
Internet: www.zeuthen-gegen-fluglaerm.de



Pressemitteilung der Bürgerinitiative „Zeuthen gegen Fluglärm“ (23.01.2011)

Rede des Vorsitzenden der Bürgerinitiative „Zeuthen gegen Fluglärm“, Martin Henkel, für die Großdemonstration des „Bündnis Berlin Brandenburg gegen neue Flugrouten“ am 23.01.2011 vor dem Flughafen Schönefeld

Ich muss schon sagen, das ist ein toller Anblick von hier oben: So viele Menschen aus Berlin und Brandenburg, die beschlossen haben, sich nicht alles gefallen zu lassen. Das sieht gut aus! Als Zeuthener sage ich: Danke an alle die, die das organisiert haben und danke Euch allen für Euer Kommen.

Die Ursünde, meine Damen und Herren, das ist die Standortwahl.

Als es um die Standortfrage ging, da gab es ein Raumordnungsverfahren und dazu Gutachten. Und ich sage Ihnen nichts Neues: Schönefeld war von allen Standorten der am wenigsten geeignete.

Die Politik hat sich mit beispielloser Arroganz sowohl über alle Empfehlungen und Gutachten hinweggesetzt, als auch über Zehntausende von Einwendungen der betroffenen Bürger und Kommunen.

Wer wundert sich da, dass die Genehmigung des Projekts lange auf der Kippe stand.

Und genehmigt wurde hier auch kein internationales Drehkreuz:

Ich zitiere aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts von 2006:

„Gegenstand der Landesplanung ist nicht (mehr) ein internationaler Großflughafen mit vier Start- und Landebahnen für 60 Mio. Passagiere, sondern ein mittelgroßer Verkehrsflughafen mit einem modernen Zwei-Bahnen-System“. Im Gerichtsverfahren wird von einem Umsteigeranteil von 5 bis 10 % ausgegangen. Zum Vergleich: In Frankfurt sind es 50 %.

Und weiter stellt das Gericht 2006 klar: Der Flughafen BBI wird ausdrücklich für den Bedarf der Berliner und Brandenburger genehmigt und nicht für die Fluggesellschaften als internationales Drehkreuz.

Das Hauptargument für Schönefeld war letztlich, dass es anstelle von 200.000 Lärmbetroffenen an drei Standorten, dann nur noch 59.000 an einem Standort sein sollten. Diese 59.000 wurden auf der Basis gerader Flugrouten ermittelt.

Seit September 2010 wissen wir: Durch die abknickenden Flugrouten steigt die Zahl der Betroffenen auf mehr als 150.000 an.

Dieser Umstand entzieht dem Standort Schönefeld jegliche politische und rechtliche Legitimation.

Trotzdem soll der Standort durch Tricks und Täuschungsmanöver und unter falschen Voraussetzungen durchgedrückt werden.

Wir erleben hier einen spontanen Protest von nicht gekanntem Ausmaß. Diese ganze Sauerei aktiviert in uns das tief verwurzelte Empfinden dafür was Recht ist und was Unrecht ist. Was man mit Menschen tun darf und was nicht.

Unsere Empörung ist spontan, authentisch und zutiefst gerechtfertigt. Wir alle sind keine Profinörgler. Viele von uns gehen zum ersten Mal in ihrem Leben demonstrieren. Die Verantwortlichen wollen uns sehenden Auges ins Messer laufen lassen.

Jahrelang haben sie offensiv falsche Informationen verbreitet. Genau in diesem Gebäude am Flughafen konnten wir alle die Flugrouten einsehen, Pläne abholen und uns über Fluglärm informieren.

Darauf haben sich die Menschen verlassen!

Die geraden Flugrouten hat man als unumstößliche Tatsachen dargestellt. Alle, auch das Land Brandenburg haben mit diesen ursprüngliche Flugrouten über 10 Jahre geplant. Und heute schafft das Land Brandenburg im Infrastrukturministerium den unglaublichen Spagat, auf der einen Seite beim Landesentwicklungsplan immer mit den alten Routen geplant zu haben, auf der anderen Seite angeblich schon immer gewusst zu haben, dass die Routen abknicken müssen. Wer soll denn so einen Mist glauben.

Was dann die Bildzeitung Anfang Dezember jedoch ans Tageslicht gezerrt hat, ist wirklich der Gipfel gewesen. Jeder Verschwörungstheoretiker hätte seine Freude gehabt an den Schreiben, mit denen der alte Flughafenchef Herberg das Thema der abknickenden Flugrouten unterdrücken wollte, um sich seine Genehmigung nicht zu gefährden.

Es ist nicht gut zu lügen! Aber wenn anscheinend ein Flughafen und eine Genehmigungsbehörde das Bundesverwaltungsgericht anlügen, dann hat das schon etwas Einmaliges. Wir sind alle wahnsinnig gespannt, wie das Gericht das sieht.

Eine ganze Reihe von Klagen folgte aus dieser Veröffentlichung. Die Menschen fühlen sich hintergangen und sie hoffen, dass der Rechtsstaat ihnen hilft.

Wir unterstützen sie dabei!

Jemand der uns Mut gemacht hat, der sich klar zum Vertrauensschutz und damit zu den alten Flugrouten bekannt hat, ist unser Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer. Mehrfach hat er dabei seine Aussagen wiederholt.

Herr Raumsauer! Wir werden Sie beim Wort nehmen und an Ihren Taten messen!

Die jüngsten Aussagen der Deutschen Flugsicherung, eine Ihnen quasi unterstellte Behörde, haben uns da allerdings sehr überrascht: Man hört, dass das alles doch nicht gilt.

Herr Raumsauer! Keiner sollte hier einknicken, weder Sie, noch die Flugrouten!

Meine Damen und Herren, Fluglärm ist nicht gottgegeben, er fällt nicht vom Himmel. Bisher klammern wir in unserer Wahrnehmung aber die Fluggesellschaften völlig aus. Dabei wird hier im Hintergrund massiv Druck auf Politik und Flughafen ausgeübt.

Auch für Fluggesellschaften gilt aber: Profit darf hier nicht wichtiger sein als die Gesundheit von Menschen!

Herr Hunold! Ihre Fluglinie heißt Air Berlin, das ist nicht nur irgendein Name, das ist auch eine Verpflichtung. Dem Willen, ein internationales Drehkreuz zu errichten, darf nicht alles andere kompromisslos und rücksichtslos untergeordnet werden.

Da fällt mir noch jemand ein, der sich in letzter Zeit besondere Verdienste erworben hat: Herr Bretschneider.

Unter anderem war auf einer Veranstaltung in der Urania von Ihnen zu hören, „es gebe kein Recht auf lebenslanges Eigentum“. - Bedeutet das, jedes Grundrecht ist antastbar, wenn es um einen Flughafen geht?

Herr Bretschneider, ist das wirklich Ihre Haltung, meinen Sie das ernst?

Viele Ihrer Äußerungen machen uns wütend und fassungslos, - aber vielleicht werden wir ja doch noch Freunde. Denn ihre jüngsten Äußerungen haben bei uns tatsächlich für beginnende Freude gesorgt. Nachdem in der Fluglärmmmission bereits einstimmig der Vorschlag zum sogenannten „Münchner Modell“ beschlossen wurde, haben auch Sie diesen Vorschlag begrüßt und möchten ihn unterstützen: Sie wollen den Bund bitten, sich beim Bundesaufsichtsamt für diese Lösung einzusetzen. Zitat: „Was in München möglich ist, kann eigentlich für den BBI nicht verboten sein.“

Wir sehen hier erstmalig ein Anzeichen dafür, dass man scheinbar verstanden hat, dass die Basis aller Überlegungen nur die alten Flugrouten sein können.

Immerhin hat der Arbeitgeber von Herrn Bretschneider, Herr Platzeck, auf der Lärm Parade in Zeuthen vor drei Monaten mehrere Versprechen gemacht. Er sagte:

- Die neuen Flugrouten werden nicht das Licht der Welt erblicken.
- Wir werden nicht, wie auf einer Perlenschnur gezogen, alle Schulen und Kindereinrichtungen in Zeuthen überfliegen und
- Lärmschutz geht vor Wirtschaftlichkeit.

Wir alle hoffen, dass Herr Platzeck damit in seiner Brandenburger SPD Gehör findet. Bisher scheinbar nicht bei allen!

Besonders irreführend, ja geradezu unfassbar ist dabei für uns nun der Beschluss des Brandenburger SPD-Vorstandes, sich für ein Nachtflugverbot von 24 bis 5 Uhr einzusetzen (welches sowieso bereits gerichtlich angeordnet ist). Wann sollen denn unsere Kinder schlafen – von 24 bis 5 Uhr? Aber wir können unseren unausgeschlafenen Kindern dann ja von der ebenfalls beschlossenen Flughafenabgabe Cola kaufen, damit sie dann hellwach durch den Tag kommen.

Das Thema Nachtflug ist für uns nicht verhandelbar! Man kann nicht einen Flughafen in Schönefeld bauen und so betreiben wollen, als läge er in Sperenberg.

Wenn man einen solchen Flughafen, dazu noch durch Täuschung, so nahe an einer Stadt in dicht besiedeltes Gebiet baut, dann ist es das Mindeste, dass man den betroffenen Menschen eine Nachtruhe von 22 bis 6 Uhr lässt. Alle Politiker können und müssen sich hier klar äußern, keiner muss diese Entscheidung auf ein Gericht abschieben. – Bekennen Sie sich zu einem klaren Nachtflugverbot! Was sollen sonst die vielen Bekenntnisse, dass Lärmschutz vor Wirtschaftlichkeit geht?

Neben dem Nachtflugverbot sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass eine großzügige Entschädigung oder Absiedlung Schwerstbetroffener ermöglicht wird. Es ist beschämend, wie wenig Geld dafür bisher zur Verfügung gestellt wird!

Damit BBI nicht für **betrogen**, **belogen** und **ignoriert** steht, fordern wir die Politiker und Flughafenbetreiber auf:

- Kehren Sie zurück zu den alten Flugrouten !
- Keine Nachtflüge zwischen 22 und 6 Uhr !

- Kehren Sie zurück zu rechtsstaatlichem Handeln !
- Stellen Sie den Vertrauensschutz wieder her !

Seien Sie versichert, wir bleiben hellwach, wir lassen uns nicht über den Tisch ziehen. Der Protest geht weiter, Schulter an Schulter, Berlin und Brandenburg!

Vielen Dank!